



## PRESSEMITTEILUNG

### **Aktionsbündnis Patientensicherheit fordert erneut hauptamtliche Beauftragte für Patientensicherheit**

***Berlin, 2. Dezember 2022 – Der Schutz und die Sicherheit der Patient:innen müssen bei der Skalierung von technischen Prozessen und digitalen Formaten in der Gesundheitswirtschaft als prioritäre Pflicht erkannt werden, nicht als bei-läufige oder gar freiwillige Kür. Dies hat das Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V. (APS) im Zuge der Kommentierung zur Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen in einem Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium und das Präsidium des Deutschen Bundestages gefordert. Der Inhalt der Forderung in Kürze: Patientensicherheit muss bei vergleichender Gewichtung mit dem hauptamtlich organisierten Datenschutz deutlich in den Umsetzungsvordergrund gerückt werden. Die Patientensicherheit bildet den Kern des Vertrauensverständnisses zwischen allen Teilnehmern der Liefer- und Versorgungsketten ab.***

Technische Parameter der Datensicherheit sind essentiell, personenzentrierte Parameter in den Versorgungsketten sind jedoch fundamental. In Analogie zu den Behörden des Datenschutzes sei daher die Schaffung von Stellen für hauptamtliche Beauftragte für Patientensicherheit auf Länder- und Bundesebene nur logisch, sagt das APS. Bereits 2021 hatte der mit über 450 institutionellen und weiteren 400 Einzelmitgliedern aus allen Bereichen der Gesundheitswirtschaft besetzte Verein entsprechende Forderungen an die Politik und die an den damaligen Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien adressiert und sich aus Patientensicherheitsperspektive für beispielsweise die Opt-out-Variante der elektronischen Patientenakte eingesetzt. Das Bundesgesundheitsministerium folgt inzwischen seit Anfang 2022 dieser Haltung und hat sich eine über 80%-ige Verbreitung der ePA sowie die flächendeckende Inverkehrbringung des eRezepts binnen der laufenden Legislatur auf die Fahnen geschrieben.

Das APS als der Motor für das Thema Patientensicherheit in Deutschland arbeitet seit 2005 mitgliederfinanziert, der Vorstand ist ehrenamtlich tätig. Auf Bundes- und

Länderebene werden die Belange der Datensicherheit seit Jahrzehnten von hauptamtlich besetzten Behörden in allen Projektkatalogen verpflichtend vertreten.

**Über das Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V. (APS):**

Vertreter der Gesundheitsberufe, ihrer Verbände, der Patientenorganisationen sowie aus Industrie und Wirtschaft haben sich im Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V. (APS) zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Plattform zur Verbesserung der Patientensicherheit in Deutschland aufzubauen. Zusammen entscheiden und tragen sie die Projekte und Initiativen des Vereins. Das APS wurde im April 2005 als gemeinnütziger Verein gegründet. Es setzt sich für eine sichere Gesundheitsversorgung ein und widmet sich der Erforschung, Entwicklung und Verbreitung dazu geeigneter Methoden. Patienteninformationen und Handlungsempfehlungen entstehen beim Aktionsbündnis Patientensicherheit durch Erarbeitung in ehrenamtlich tätigen Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Patientensicherheitsthemen, aus der Praxis für die Praxis, und bilden das Herzstück der Arbeit. Informationen finden Sie unter [www.aps-ev.de](http://www.aps-ev.de)

**Pressekontakt:**

Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V.  
Melanie Hansen  
Alte Jakobstraße 81  
10179 Berlin

Tel. +49 (0)30 36 42 81 6-27

[hansen@aps-ev.de](mailto:hansen@aps-ev.de)  
[www.aps-ev.de](http://www.aps-ev.de)